

Niedergang in den kapitalistischen Ländern sieht er in der Betonung individueller Rechte und in der absichtsvollen Trennung zwischen individuellen Rechten einerseits und persönlicher Verantwortung andererseits.

Einen völlig neuen Akzent brachte Wolfgang Schaumberg in die Debatte, der als Betriebsrat der Adam Opel AG die Globalisierungsstrategie des Mutterkonzerns General Motors beschrieb. Diese Strategie kennt nur noch einen Standort: den Konzern selbst. Die Überwindung nationaler Denkschemata seitens der Unternehmer birgt für die Gewerkschaftsbewegung mit ihrer traditionell internationalistischen Arbeit eine große Herausforderung in sich. Die Produktionsabläufe der einzelnen nationalen Standorte werden in einer bisher nicht gekannten Weise miteinander verzahnt, so daß die Produktionsbedingungen in einem Land und die möglichen Reaktionen der Arbeitnehmerschaft darauf unmittelbare Auswirkungen auf die anderen Standorte haben werden.

In der Summe war dies eine Konferenz, die mehr Fragen aufgeworfen hat, als sie beantworten konnte. Und so kann die Frage nach dem Aufstieg aus der 3. Welt in veränderter Weise auch auf die Südostasien Informationsstelle selbst gemünzt werden. Der Wandel der Gesellschaften selbst stellt auch die klassische "Solidaritätsarbeit" in Frage. Eine Antwort läßt sich nur in engem Austausch mit den Menschen in Südostasien selbst finden. Die Konferenz hat gezeigt, daß es für "den Norden" notwendig und hilfreich ist, sich durch die Erfahrungen, die "im Süden" gemacht werden, in Frage stellen zu lassen.

Klaus H. Schreiner

After the Cold War: New Challenges and Responsibilities for Japan and Germany¹

Köln, Ost-West-Kolleg, 24. März 1994

Japan und die Bundesrepublik haben seit 1945 trotz historischer Vorbelastung durch politische Demokratisierung und wirtschaftliche Exportorientierung einen einzigartigen Aufstieg in der Weltpolitik erlebt. In der Vergangenheit war dieser Aufstieg stets auf eine stabile globale und regionale Sicherheitsordnung und eine offene regelorientierte Weltwirtschaftsordnung angewiesen. Wie haben diese beiden Staaten auf das Ende der bipolaren Stabilität in der Sicherheitspolitik und auf die widersprüchlichen Entwicklungen in der Weltwirtschaft - gleichzeitige Regionalisierung und Globalisierung - reagiert? Welche Parallelen weist ihre jeweilige Außenpolitik seit 1989 auf? Vor welchen gemeinsamen Herausforderungen werden sie in Zukunft stehen?

Das Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung suchte im Rahmen einer Tagungsreihe zur deutschen und japanischen Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in Bonn, Köln und Berlin in einem Kreis von vierzig Wissenschaftlern, Politikern und Medienvertretern aus Japan, den USA und der Bundesrepublik Antworten auf diese Fragen. Sechs Referate mit anschließenden Podiumsdiskussionen gaben unter reger Beteiligung der ange- reisten Experten einen sachkundigen Einstieg in die vier Themengebiete der Tagung:

1. Prof. Dr. Hiroshi Kimura, International Research Center for Japanese Studies, Kyoto, und Prof. Dr. Heinrich Vogel, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, sprachen zur japanischen und deutschen Politik gegenüber postkommunistischen Gesellschaften;

2. Prof. Dr. Andras Inotai, Institute for World Economics of the Hungarian Academy of Sciences, Budapest, stellte die ungarische Sicht der Beziehungen zwischen den postkommunistischen Gesellschaften und dem Westen vor;
3. Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel, Universität Frankfurt, und Prof. Dr. Akio Watanabe, Aoyama Gakuin University, Tokio, referierten über die Suche Deutschlands und Japans nach einer neuen Rolle in der internationalen Politik;
4. Prof. Dr. Yoshihide Soeya, East-West-Center, Honolulu/Hawaii, sprach über Japans neue Rolle in Asien;

Im ersten Teilabschnitt der Tagung erläuterte Prof. Kimura mit seinem Referat die japanische Haltung gegenüber den mittel- und osteuropäischen (im folgenden MOE abgekürzt) Reformstaaten. Er wies zunächst auf die gemeinsame positive Erfahrung hin, daß es ohne militärische Auseinandersetzung zur Auflösung des Systemgegensatzes gekommen sei. Für Japan wie Deutschland bringe der Umbruch durch das Aufflammen lokaler Konflikte und die notwendige finanzielle Unterstützung für die jungen Demokratien in MO-Europa auch neue Belastungen und Risiken. Neben diesen Parallelen gäbe es jedoch gewichtige Unterschiede: Die Bundesrepublik habe in Europa ungleich mehr vom Ende des Ost-West-Konfliktes profitiert, als Japan dies in Asien vermocht habe. Während die deutsch-russischen Beziehungen sich stetig fortentwickelt hätten, sei das japanisch-russische Verhältnis weiterhin durch die Frage der nördlichen Territorien belastet. Zentral für die Lösung des Problems sei es, den Null-Summen-Charakter der bisherigen Verhandlungen zu verändern, indem eine Neubewertung der verschiedenen Verhandlungsgegenstände vorgenommen und eine Paketlösung (z.B. Fischereirechte gegen Souveränitätsrechte) angestrebt werde.

Eine kritische Bestandsaufnahme legte Prof. Vogel in seinem Vortrag zur deutschen Politik gegenüber den MOE-Reformstaaten vor. Wie die Schwierigkeiten bei Wahlen und Verfassungsgebung in jüngster Zeit gezeigt hätten, sei die "dünne demokratische Krume" durch eine makroökonomische Stabilisierungspolitik, die zudem mit fragwürdigen statistischen Daten hantiere, nicht ohne weiteres in einen "fruchtbaren demokratischen Humus" zu verwandeln. Differenziertere Konzepte seien gefragt, denn der ehemals sowjetisch beherrschte Block zerfalle in drei klar unterscheidbare Ländergruppen: die "Hoffnungsvollen", zu denen Vogel die Visegrad-Staaten und Slowenien zählte, das "Mittelfeld," zu dem neben den Baltischen Staaten auch Bulgarien gehört, und den "Rest", bestehend aus den Staaten der GUS und Rumänien. Während die "Hoffnungsvollen" auf wirtschaftlichem Gebiet eine Stabilisierung ihrer Währung erreicht und die ersten demokratischen Wahlen erfolgreich abgeschlossen hätten, sei in den Staaten der GUS eine Situation eingetreten, die nur als politische und wirtschaftliche Anomie bezeichnet werden könne. Die Einflußmöglichkeiten der Bundesregierung seien indes begrenzt, da man heute in einer Falle zwischen den Transferleistungen für die neuen Bundesländer und der Kreditumschuldung für die GUS gefangen sei, die jedes weitere kreditpolitische Engagement verbiete. Zudem werde das Engagement deutscher Unternehmen in den MOE-Ländern und bei den westlichen Nachbarn zunehmend kritisch betrachtet. Nur durch eine stärkere Einbindung in die europäischen und transatlantischen Institutionen, so Prof. Vogel, ließe sich sowohl die nachlassende deutsche Finanzkraft durch die Verpflichtung der Partner substituieren als auch deren Bedenken über eine deutsche Hegemonie in MOE zerstreuen.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich besonders auf zwei Fragen. Prof. Andras Inotai hob erstens aus der Perspektive der MOE-Reformstaaten vor allem die Unterschiede zwischen der japanischen und der deutschen MOE-Politik hervor. Das Ende des Ost-West-Konflikt habe in Europa eine Situation hinterlassen, in der eine weitere Veränderung des territorialen Status quo die politische Ordnung des gesamten Kontinents bedrohe. In Asien, insbesondere in der Frage der nördlichen Territorien, sei dies anders. Und während in der deutschen Politik gegenüber Rußland die MOE-Reformstaaten eine gewichtige Rolle spielten, bliebe die japanische Rußlandpolitik von solchen Erwägungen weitgehend unbeeinflusst. Daß die Bundesregierung in der Frage der nördlichen Territorien durchaus Verständnis für die japanische Position habe, betonte Dr. Henning Wegener vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Auch die Bundesrepublik habe Territorien verloren. Doch hielte man in Bonn das Junktim zwischen der Frage der nördlichen Territorien und wirtschaftlicher Hilfe für Rußland für problematisch.

Zweitens entwickelte sich eine Kontroverse um die Praktikabilität makroökonomischer Stabilisierung zwischen Prof. Takatoshi Ito, John F. Kennedy School of Government, Harvard University, der die Position seines Kollegen Jeffrey Sachs vertrat, und Prof. Vogel. Prof. Ito gab zu bedenken, daß der Westen zumindest eine Mitschuld am Versagen der sowjetischen Stabilisierungspolitik trage, weil er 1992 das außenpolitische Entgegenkommen Gorbatschows finanziell nur ungenügend honoriert habe. Dem hielt Prof. Vogel entgegen, daß eine monetäre Stabilisierungspolitik schon deshalb zum Scheitern verurteilt gewesen wäre, weil zunächst die sowjetische Zentralbank und dann die Zentralbanken der anderen GUS-Republiken ungehemmt Rubel in Umlauf gebracht hätten.

Die zweite Sitzung der Tagung zum Thema "Post-Communist Societies and the West - A View from Hungary" leitete Prof. Inotai mit einer kritischen Analyse der westlichen Hilfe für die jungen Demokratien in MO-Europa ein. Sie sei gescheitert, weil ihr eine ahistorische Konzeption der Transformationsprozesse in MO-Europa zugrunde liege. Es gehe in den Reformstaaten nicht primär um die Transformation hin zu Demokratie und Marktwirtschaft, sondern um nachholende Entwicklung. Nur durch langfristige Hilfe, einen Nettokapitalfluß in die mitteleuropäischen Reformstaaten und die breite Öffnung des Binnenmarktes könne der Westen zum "verlässlichen Rettungsanker" für die Modernisierung der jungen Demokratien werden. Dabei käme der bundesdeutschen Wirtschaft eine Leitfunktion zu, denn sie betrachte die jungen Marktwirtschaften nicht nur als Absatzmarkt, sondern aufgrund des niedrigen Lohnniveaus auch als Produktionsstätte für arbeitsintensive Produkte. Prof. Inotais pointiert vorgetragenen Thesen lösten sowohl Zustimmung als auch massiven Widerspruch aus.

Prof. Czempiel skizzierte in seinem Referat zu Beginn der Nachmittags-sitzung über "Japan and Germany in search of a new international role" die veränderten Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik und die sich daraus ergebende Debatte um deren Neuformulierung. Er argumentierte, daß das Ende des globalen Systemkonfliktes und nicht die deutsche Vereinigung ausschlaggebend für diese Debatte gewesen sei. Bisher habe eine deutliche Mehrheit für eine "Politik der Kontinuität" Position ergriffen. Diese von der Bundesregierung und weiten Teilen der SPD vertretene Position sehe vor allem in der Fortschreibung der Europäischen Integration, der engen Kooperation mit den USA, der parallelen Erweiterung und Demokratisierung der Europäischen Union und einem multilateral eingebundenen Out-of-area-Engagement der Bundeswehr

die wichtigsten Bausteine der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Demgegenüber seien die Protagonisten einer "Normalisierung" davon überzeugt, daß mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der deutschen Vereinigung die Bundesrepublik ebenso wie Frankreich und Großbritannien zu einem "normalen Nationalstaat" werden müsse, der seine Außenpolitik an unabhängig definierten "nationalen Interessen" ausrichte. Zwar seien in der deutschen Außenpolitik seit 1989 Tendenzen einer Normalisierung zu erkennen, z.B. die Ausweitung des Bundeswehrmandates außerhalb des Bündnisgebietes, doch dürfe man diese nicht überbewerten. Um auch in Zukunft erfolgreich zu sein, so Czempiel, müsse die Strategie der Kontinuität indes erweitert werden. Insbesondere die weitere Integration der MOE-Reformstaaten und Rußlands in die Europäische Union müsse mehr Beachtung finden.

In seinem Referat zur japanischen Außenpolitik nach den Umbrüchen von 1989 arbeitete Prof. Watanabe vor allem die unterschiedlichen regionalen Sicherheitsstrukturen in Ostasien und Europa heraus. Japan stehe in Asien vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits könne man die amerikanische Schutzfunktion nicht mehr wie zuvor als selbstverständlich ansehen; andererseits zeige sich, daß Japan durch das Ende des Ost-West-Konfliktes ebenso wie die Bundesrepublik global an Sicherheit gewonnen habe. Gleichzeitig sei das unmittelbare sicherheitspolitische Umfeld jedoch komplexer, instabiler und daher schwerer vorhersagbar geworden. Im Gegensatz zur Situation der Bundesrepublik in Europa könne Japan dabei in Asien nicht von einer stetigen Transformation in Richtung auf ein kollektives Sicherheitssystem ausgehen. Vielmehr müsse Sicherheit in Asien stärker in Richtung auf eine Gleichgewichtskonstellation definiert werden. Daß diese sicherheitspolitische Konstellation allerdings, wie Henry Kissinger behauptet, der Situation Europas im 19. Jh. gleichkäme, bestritt Prof. Watanabe. Die weitgehende Verflechtung und Institutionalisierung der internationalen Gesellschaft, die in jüngster Zeit in Asien vorangetrieben werde, schaffe eine völlig andere Ausgangsbasis. Obschon Asien vier der fünf weltweit verbleibenden kommunistischen Regime beherberge, würden auch hier die größten Sicherheitsrisiken in der Zukunft nicht aus zwischenstaatlichen Konflikten, sondern aus dem Zerfall von Staatlichkeit erwachsen.

Prof. Maull arbeitete in seiner Kommentierung der beiden Referate vor allem die Gemeinsamkeiten in der deutschen und japanischen Außen- und Sicherheitspolitik heraus. Erstens zeichneten sich beide Staaten als sog. "Handelsstaaten" durch eine hohe Abhängigkeit von einer stabilen, offenen und regelgebundenen Weltwirtschaft aus; zweitens hätten sie nach dem Zweiten Weltkrieg die Verantwortung für ihre militärische Sicherheit weitgehend an andere abgetreten und seien somit zu "Sicherheitsimporteuren" geworden. Aus beiden Kontinuitätslinien ergebe sich ein außenpolitisches Profil, das sich am besten mit dem Begriff der "Zivilmacht" fassen ließe. Auch in Zukunft sei dieses gemeinsame historische Profil prägend für die außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung beider Staaten.

Nachdrückliche Zweifel äußerte Maull an der Praktikabilität einer "Normalisierung" der deutschen und der japanischen Außenpolitik. Zur Bewältigung der globalen Probleme und zum Erhalt einer stabilen, regelorientierten Weltwirtschaftsordnung sei eine erweiterte Zivilmachtspolitik - "Civilian Power Mark II" - vonnöten. Beide Zivilmächte müßten in ihren veränderten sicherheitspolitischen Umfeldern zu "Sicherheitsexporteurern" werden. Doch auch eine erweiterte

Zivilmachtspolitik sei mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Es sei z.B. nicht sicher, ob die beiden Zivilmächte tatsächlich die Ressourcen, die Macht und den politischen Willen hätten, ihr sicherheitspolitisches Umfeld ordnend zu beeinflussen.

Die abschließende Diskussion zur zukünftigen Rolle Japans in Asien leitete Prof. Soeya ein, indem er drei Grundorientierungen in der japanischen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg identifizierte - die sog. "compliance school", die "autonomous school" und die "independence school", die auch in Zukunft die japanische Außenpolitik prägen würden. Leitgedanke des Referates war es, daß u.a. vor dem Hintergrund der Neubewertung der Positionen innerhalb und zwischen den verschiedenen außenpolitischen Schulen die weitere Entwicklung der japanisch-amerikanischen Beziehungen von hervorragender Bedeutung für die zukünftige japanische Außenpolitik sei. Wenngleich die in Ausblick gestellte "globale Partnerschaft" noch keine konkreten Formen angenommen habe, zeige eine Analyse der jüngsten Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen, daß beide Partner nicht so sehr unterschiedliche Ziele verfolgten, sondern vielmehr uneins über die Mittel zur Erreichung dieser Ziele seien. Als Beispiel könne hier die amerikanische Politik gegenüber der VR China gelten, die mit ihrer Fixierung auf die Menschenrechtsproblematik in Japan auf Unverständnis stosse. Prof. Soeya plädierte deshalb für einen neuen, veränderten Führungsstil der USA - "Pax Americana Part II". Die USA müßten im Rahmen einer multilateralen Außenpolitik die Rolle des Initiators einnehmen. Japan falle zunehmend die Rolle des "honest broker" zu, was zwangsläufig zu einer gewissen Rückbesinnung auf die asiatische Region führe, zur "Re-Asianization". Ansatzweise sei dies schon auf dem APEC-Gipfel im November 1993 erkennbar gewesen, nachdem die USA die asiatischen APEC-Partner durch ein allzu forsches Auftreten von substantiellen Vereinbarungen im Schlußkommunique abgeschreckt habe.

Die Schwerpunkte der Diskussion bildeten das unterschiedliche Verständnis von Integration bzw. Regionalisierung in Asien und Europa sowie das Konzept der "Pax Americana Part II". Prof. Takahashi stellte fest, daß sich Ostasien von einem bloßen geographischen Raum zu einer "Region" entwickle, die sich außer durch ein außerordentlich starkes Wirtschaftswachstum auch noch durch gemeinsame kulturelle, politische und soziale Merkmale definiere. Wende man allerdings das europäische Konzept von Regionalisierung auf Asien an, so stelle man mangels fester Institutionalisierung kaum Regionalisierungstendenzen fest, obwohl diese deutlich vorhanden seien und die jeweilige Außenpolitik der Akteure nachhaltig beeinflussten. Prof. Maull argumentierte demgegenüber, daß Marktintegration und institutionelle Integration sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern vielmehr synergetisch wirkten. In der asiatisch-pazifischen Region könne man sehr viel mehr Institutionalisierung finden, als dies allgemein wahrgenommen würde. Die hier anzutreffende Form der "weichen Institutionalisierung" (*soft institutionalisation*) sei vielfach auf japanische Konzepte zurückzuführen.

Prof. Dr. Wolfgang Leidhold, Universität Köln, äußerte nachhaltige Zweifel, ob die USA den politischen Willen und die notwendigen Konzepte für eine regionale Ordnung in Asien parat hätten, um ihre vorhandenen Machtressourcen effektiv zu nutzen. Deshalb müßten Europa und Asien den USA die notwendigen Konzepte liefern, um stabile Regionalordnungen zu gewährleisten.

In der Abschlußdiskussion der Tagung zeigte sich deutlich, daß neben allen Unterschieden wichtige Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Ziele und Interessen der japanischen und deutschen Außenpolitik bestehen. Nur unter direkter Einbeziehung der USA, so die übereinstimmende Auffassung, könne regional und global eine stabile sicherheitspolitische Lage erreicht und eine offene regelgeleitete Weltwirtschaft erhalten bleiben.

- 1) Eine ausführliche Fassung dieses Berichts und die vorgelegten Konferenzpapiere werden in Kürze als Arbeitspapier des Forschungsinstituts der DGAP erscheinen.

Sebastian Harnisch

SPD-Konferenz "Wirtschaft und Entwicklung in Asien"

Hamburg, 22. April 1994

"Globale Entwicklung für die eine Welt" lautete das Motto der Konferenz, zu der die SPD in die Handelskammer Hamburg eingeladen hatte. Wie der maßgeblich verantwortliche Veranstalter der Tagung, der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Prof. Dr. Ingomar Hauchler, in seiner Einführung in das zweite Plenum erläuterte, gehe es seiner Partei darum, neue Ansätze für die Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen zu erarbeiten, in denen an die Stelle der herkömmlichen Konzeption von Entwicklungshilfe ein Dialog gleichberechtigter Partner im Interesse der Lösung gemeinsamer, da globaler Probleme treten soll. Dieser Dialog solle in Form eines Erfahrungsaustauschs die Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung mit den Notwendigkeiten eines Erhalts bzw. einer Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts und der Wahrung und Einhaltung universell gültiger Menschenrechte verknüpfen.

Ihre außergewöhnliche wirtschaftliche Dynamik und die damit verbundenen enormen Chancen wie auch Probleme sind es, die die Region des asiatisch-pazifischen Raumes dazu prädestinieren, der SPD den Hintergrund für eine Überprüfung ihrer "Argumente für eine neue Nord-Süd-Politik" abzugeben. Daneben wird für den Veranstalter sicherlich eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben, daß die Bundesregierung mit ihrem neuen "Asien-Konzept" (s. *ASIEN* Nr.50/Januar 1994, S.142 ff.) bereits einen Versuch unternommen hat, dieser Dynamik Rechnung zu tragen. In seinen Begrüßungsworten würdigte denn auch der Erste Bürgermeister der Hansestadt Henning Voscherau - unter Hinweis auf die Bedeutung der Region für Hamburgs Hafen als kommendem "Euro-Gate" - den Wirtschaftsboom in Südostasien und kritisierte die Investitionspolitik der BRD in dieser Region als "passiv" und "unproportional".

In zwei je anderthalbstündigen Plenumsitzungen sollten im folgenden Wissenschaftler, Politiker und Vertreter der Wirtschaft in die wirtschaftliche und politische Problematik des asiatischen Kontinents einführen. Für den Nachmittag waren vier gleichzeitig stattfindende Foren geplant, in denen die Thematik zu den regionalen Schwerpunkten ASEAN, SAARC, China und Vietnam vertieft werden sollte.

Das erste Plenum "*Asien als aufstrebender Kontinent: Neue Perspektiven für Wirtschaft und Entwicklung in Asien*" begann mit einem Vortrag von Günter Wilhelm (Vorstand der Siemens AG), der die Region Asiens aus rein wirtschaftlicher Sicht unter vier Perspektiven auffaßte: als Markt ("die Höhle des Löwen"), als Exporteur ("als Low Cost Producer ein unverzichtbarer Produktionsfaktor"), als Investitionsstandort und als Wachstumsregion mit enormen Steigerungsraten.